

---

# DIE FRIEDENS- SICHERUNG

---

## WAR UND BLEIBT AUCH IN DEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK UND DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND DIE ENTSCHEIDENDE FRAGE.

---

ERICH HONECKER AUF DEM XI. PARTEITAG DER SED, 1986

---

### 3. Die sozialistische DDR und die imperialistische BRD – zwei Staaten mit gegensätzlicher gesellschaftlicher Ordnung

#### 3.1. Die gegensätzlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse in der DDR und der BRD

Solltet ihr erläutern, was es bedeutet, Staatsbürger der DDR zu sein, könntet ihr sicher viele Argumente anführen. Entscheidend ist dabei die Erkenntnis, daß die Stellung der Werktätigen im Sozialismus gegenüber der im Imperialismus grundsätzlich unterschiedlich ist.

Bürger der DDR und anderer sozialistischer Staaten haben bedeutende Grundrechte, die es nur im Sozialismus geben kann. In diesen Grundrechten kommt die Übereinstimmung der Interessen des sozialistischen Staates mit denen seiner Bürger zum Ausdruck, wie im Recht auf Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens, im Recht auf Arbeit, im gleichen Recht auf Bildung und in vielen anderen. Diese Rechte können den Werktätigen im Imperialismus, wie wir im vorangegangenen Kapitel nachgewiesen haben, nicht gewährt werden. Wo das Recht auf Ausbeutung herrscht, kann es solche grundlegenden Rechte für die Werktätigen nicht geben. Das Wissen um diese Zusammenhänge hilft uns, viele Fragen unserer Zeit richtig zu stellen und zu beantworten.

In einem internationalen Pionierlager der DDR verbrachten auch Gäste aus imperialistischen Ländern ihre Ferien. Sie hatten viele Fragen über das Leben im Sozialismus und vor allem in der DDR. Auf einige Fragen ernteten sie allerdings zunächst einen erstaunten Blick oder gar ein Lächeln: „Was macht ihr, wenn eure Eltern arbeitslos werden? Wieviel Schulabgänger erhalten bei euch keine Lehrstelle? Was bezahlt ihr für einen Krankenhausaufenthalt?“ Bald merkten die Jungen und Mädchen aus der DDR, daß die Frager sie nicht foppen wollten. Im Gegenteil, sie erkannten: Hinter diesen Fragen verbergen sich die Erfahrungen mit dem täglichen Leben im Imperialismus, das von großer sozialer Unsicherheit geprägt ist.

Bei diesem Gespräch, das den Gästen viele neue Erkenntnisse über das Leben in der DDR und im Sozialismus vermittelt hatte, meinte einer von ihnen: „Das ist ja bei euch al-

**Bedeutung der  
Gesellschaft  
für das Leben  
der Werktätigen**

## Gegensätzliche Positionen von Sozialismus und Imperialismus

1. Begründe, warum die sozialistischen Staaten konsequent für Frieden und Abrüstung eintreten!

Einer der führenden Rüstungskonzerne in den USA, McDonnell Douglas, erhöhte seinen Nettogewinn von 177 Millionen Dollar 1981 auf 260 Millionen Dollar 1983. Der Konzern produziert Cruise Missiles und Kampfflugzeuge.

les ganz anders als bei uns, richtig entgegengesetzt.“ Diese Aussage trifft genau zu. Sozialismus und Imperialismus unterscheiden sich in vielen wichtigen Fragen unserer Zeit. Sie nehmen zu ihnen völlig gegensätzliche Positionen ein.

Die wichtigste Frage für die gesamte Menschheit ist ohne Zweifel, ob der Frieden erhalten bleibt.

Die sozialistischen Staaten, besonders die Sowjetunion, haben vielfältige Schritte vorgeschlagen, um in der Welt zur Abrüstung zu gelangen und damit den Frieden dauerhaft zu sichern. Genauer darüber könnt ihr im Abschnitt 3.3. dieses Lehrbuches erfahren.

Das ist eine Politik, die im Interesse der Werktätigen in der ganzen Welt liegt.

Im Gegensatz dazu beschleunigen die Regierungen der USA, der BRD, Großbritanniens und anderer NATO-Staaten die Hochrüstung. Diese Politik liegt nicht im Interesse der Völker, denn sie führt die Menschheit an den Rand eines atomaren Krieges und setzt ihre Existenz aufs Spiel.

Aus einer solchen Politik ziehen jedoch die großen Rüstungsmonopole Riesengewinne (Profit). Sie verkaufen den imperialistischen Regierungen immer gefährlichere und teurere Massenvernichtungsmittel und erhalten von den Regierungen hochbezahlte Aufträge für die Entwicklung noch gefährlicherer Waffensysteme. Die Hochrüstungspolitik liegt vor allem im Interesse der großen Rüstungsmonopole.

Um diese Hochrüstungspolitik finanzieren zu können, werden in allen imperialistischen Ländern durch die Regierungen die Mittel für soziale Ausgaben, zum Beispiel für Arbeitslosenunterstützung und Ausbildungsförderung, weiter gekürzt.



Demonstration in Hamburg (1982)

# Zwei Staaten – zwei Welten

**BRD** imperialistischer Staat

**DDR** sozialistischer Staat

Machtverhältnisse

Macht der Monopole

Macht der Arbeiter und Bauern

Eigentumsverhältnisse

privatkapitalistisches Eigentum an den Produktionsmitteln

gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln

unvereinbarer Gegensatz von Imperialismus und Sozialismus

Die grundlegenden Unterschiede und Gegensätze von Sozialismus und Imperialismus in ihrem Verhältnis zur Abrüstung und zum Frieden, in bezug auf die Rechte der Werktätigen, auf ihre Stellung in der Gesellschaft treffen auch auf die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland zu. Die DDR ist ein sozialistischer, die BRD ist ein imperialistischer Staat. Beide stehen sich an der Trennlinie von Sozialismus und Imperialismus gegenüber. Die Ursachen dafür sind die gegensätzlichen Eigentums- und Machtverhältnisse als die entscheidende Grundlage der jeweiligen Gesellschafts- und Staatsordnung. In der DDR herrschen sozialistische Eigentumsverhältnisse. Die entscheidenden Produktionsmittel sind Volkseigentum. Die Werktätigen sind die Eigentümer jener Maschinen und

Gegensätzliche Eigentums- und Machtverhältnisse

Anlagen, Rohstoffe und Naturreichtümer, mit denen sie den Reichtum der Gesellschaft produzieren. Als gesellschaftliche Eigentümer entscheiden sie auch mittels des sozialistischen Staates über die Verteilung dieses Reichtums, wie es zum Beispiel in unserem sozialpolitischen Programm zum Ausdruck kommt.

Ganz anders ist es hingegen in einem imperialistischen Staat wie der BRD. Dort herrscht das **privatkapitalistische Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln**. Es besteht ein tiefer und unversöhnlicher Gegensatz zwischen der Masse der Bevölkerung, die die Werte schafft, und den wenigen, denen die Produktionsmittel gehören.

In der BRD beherrschen die **Monopole** die Wirtschaft. Zehn- und Hunderttausende Arbeiter werden in den Monopolbetrieben ausgebeutet. In ihnen bestimmen die Monopolkapitalisten. Alle von den Arbeitern geschaffenen Werte sind Eigentum der Kapitalisten. In ihre Taschen fließen sagenhafte Profite. Die größten und einflußreichsten Monopole sind über die Landesgrenzen hinaus organisiert.

Auch die Machtverhältnisse sind in der DDR und in der BRD gegensätzlich. **Erinnert euch: Der Staat ist immer das politische Machtinstrument der jeweils herrschenden Klasse, mit dem sie ihre politischen und ökonomischen Interessen durchsetzt und schützt.**

2. Werte die Grafiken auf S. 80 und S. 81 aus! Nenne deine Schlußfolgerungen!

Anteil der Arbeiter und Angestellten in der BRD im Vergleich zu den kapitalistischen Unternehmern

Arbeiter und Angestellte  
**22 000 000**

mittlere und kleine Kapitalisten  
**350 000**

Monopolkapitalisten  
**16 000**

Nur weil in unserem Staat die Arbeiter und Bauern die politische Macht fest in die Hände genommen haben, konnten wir den Sozialismus erfolgreich aufbauen. Auch heute brauchen wir die feste politische Macht, um das Erreichte zu schützen und zu mehren und weitere Schritte zur Sicherung des Friedens zu unternehmen. Die Politik unseres Staates und der SED ist darauf gerichtet, die Interessen der Werktätigen auch weiterhin erfolgreich durchzusetzen.

Mit der BRD haben sich die Kapitalisten den Staat geschaffen, mit dem sie ihre Interessen durchsetzen.

Da die Kapitalisten von der Ausbeutung der Werktätigen leben, hat der Staat der Monopole die Aufgabe, die Ausbeutung zu sichern. Das bedeutet, daß der Staat in der BRD alles unternimmt, um die wirtschaftlichen Interessen der Kapitalisten, vor allem der Monopole, zu verwirklichen. Das zeigt sich in seiner Steuergesetzgebung, die die Monopole



### Macht der Monopole

In der BRD sind 74 Prozent der Produktionsmittel im Besitz von nur 1,7 Prozent der Bevölkerung.



Volkstammerabgeordnete prüfen die Gesetzentwürfe zum Volkswirtschafts- und Staatshaushaltsplan der DDR.

Polizeieinsatz in Nürnberg gegen Demonstranten, die das brutale Vorgehen gegen Jugendliche anprangerten. Diese Jugendlichen hatten gegen die antisoziale Wohnungspolitik in der BRD protestiert.

Ein neues Gesetz vom Dezember 1982 räumt den Hausbesitzern in der BRD das Recht ein, die Mieten heraufzusetzen. Viele Bürger der BRD bezahlen bereits pro Quadratmeter 12 bis 20 DM Miete.

3. *Rechnet aus, was eure Wohnung kosten würde!*

$$1m^2 = \approx 50-70M$$

### Gegensätzliche Ziele im Klassenkampf

Die NATO ist 1949 gegründet worden, um europäische imperialistische Länder unter Führung des USA-Imperialismus in einem festen militärischen Block zusammenzufassen.

begünstigt und die Werktätigen benachteiligt, das zeigt sich aber auch im Einsatz seiner Polizei gegen zahlreiche fortschrittliche Aktionen demokratischer Kräfte, die sich gegen volksfeindliche Maßnahmen der Regierung, darunter die Hochrüstungspolitik im Interesse der NATO, wenden (vgl. auch Abschnitt 3.2.2.).

Fassen wir zusammen:

**Die Deutsche Demokratische Republik ist ein hochentwickelter sozialistischer Staat.** Ihre gesamte Politik ist auf das Wohl des Volkes und auf die Erhaltung des Friedens gerichtet.

**Die Bundesrepublik Deutschland ist ein führender imperialistischer Staat.** Sie wurde als Machtinstrument der Ausbeuterklassen gegründet. Sie dient auch heute vorrangig der Unterdrückung der Werktätigen, um den Imperialisten höchsten Profit zu sichern. Das bildet den Hauptinhalt ihrer Politik.

Die Gegenüberstellung der Macht- und Eigentumsverhältnisse in der DDR und in der BRD führt zu der Erkenntnis: **Sozialismus und Imperialismus sind nicht miteinander vereinbar.**

Die grundsätzlich unterschiedlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse bestimmen auch die Politik der DDR und der BRD, die sie gegenüber dem anderen deutschen Staat vertreten.

Die DDR hat vom Tage ihrer Gründung an eine Politik verfolgt, die auf gute Nachbarschaft und Frieden gerichtet war, darunter auch gegenüber der BRD.

Dagegen verfolgte die BRD das Ziel, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu korrigieren und die erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus in der DDR zu verhindern. Wir werden einen Teil dieses Kampfes in den folgenden Abschnitten des Lehrbuches noch näher kennenlernen.

Um ihre volksfeindliche und friedensgefährdende Politik besser durchsetzen zu können, haben sich die Monopolherren und ihre Politiker in der BRD mit den Kräften anderer imperialistischer Länder, vor allem der USA, verbündet. Die BRD-Regierung unternahm alles, damit die BRD NATO-Mitglied wurde – im Mai 1955 hatte sie ihr Ziel erreicht. Gleichzeitig wurde damit begonnen, eine eigene Armee, die Bundeswehr, aufzubauen. Die Bundeswehr stellte Offiziere in Dienst, die schon aktiv in der faschistischen Armee gedient hatten. Sie vermittelten den Soldaten der Bundeswehr revanchistische Ideen und erzogen sie zur Feindschaft gegen den Sozialismus.

Um sich vor den aggressiven Plänen der NATO wirksam zu schützen, wurde 1955 der Warschauer Vertrag abgeschlossen und damit ein Verteidigungsbündnis sozialistischer Staaten



Unsere Staatsgrenze zur BRD wird von den Grenztruppen der DDR zuverlässig geschützt.

geschaffen. Dieses Bündnis dient der koordinierten Außen- und Militärpolitik der sozialistischen Länder. Von ihm gingen bereits viele bedeutende Friedensinitiativen aus. Die Armeen der Warschauer Vertragsstaaten schützen mit ihrer vereinten Kraft die Errungenschaften des Sozialismus und den Frieden.

Die 1956 gegründete Nationale Volksarmee der DDR gehört seit 1957 zu den vereinigten Streitkräften der Warschauer Vertragsstaaten.

Als Mitglied des „Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) leistet die DDR gemeinsam mit den anderen sozialistischen Staaten ihren Beitrag, um einen hohen volkswirtschaftlichen Leistungsanstieg zu erzielen, während die BRD Mitglied von imperialistischen Wirtschaftsvereinigungen ist.

Wenn wir das alles noch einmal durchdenken, kommen wir zu dem Schluß:

**Sozialismus und Imperialismus, die sozialistische DDR und die imperialistische BRD sind vor allem deshalb unvereinbar, weil sie durch gegensätzliche Macht- und Eigentumsverhältnisse geprägt werden. In dem Sinne ist die Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD eine Trennlinie zwischen den beiden gegensätzlichen und unvereinbaren Systemen – zwischen der Welt des Sozialismus und der des Imperialismus.**

4. *Begründe zusammenfassend, warum Sozialismus und Imperialismus unvereinbare Gegensätze sind!*

5. *Wende deine Erkenntnisse auf das Verhältnis der beiden deutschen Staaten DDR und BRD an!*

### 3.2.1. Die Gründung der DDR – eine Wende in der Geschichte des deutschen Volkes

Die Gründung der BRD im Interesse des deutschen und internationalen Monopolkapitals

### 3.2. Die Aggressivität des Imperialismus in der BRD

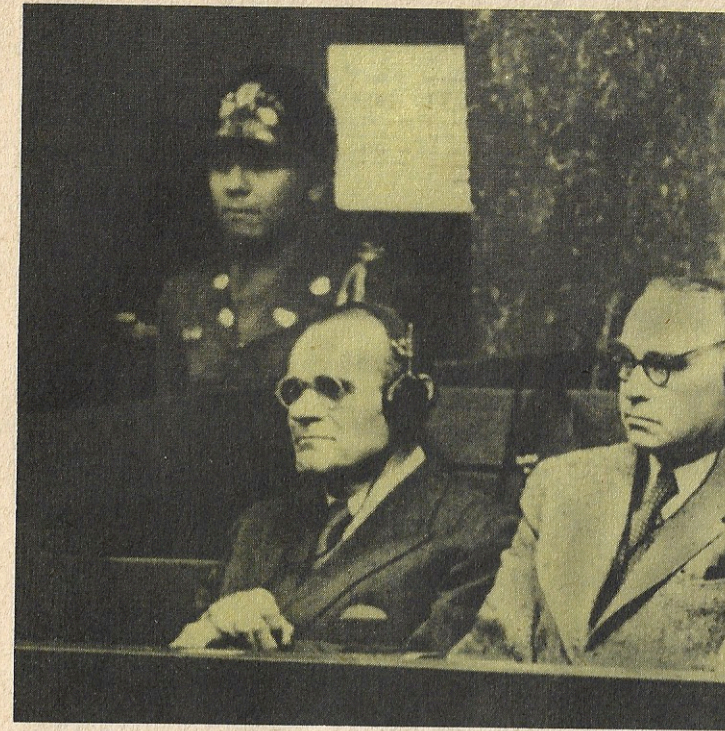
Ihr wißt aus dem Unterricht in Klasse 7, daß nach 1945 mit der Niederwerfung des Faschismus die Chance zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in ganz Deutschland gegeben war. Diese Chance wurde in den westlichen Besatzungszonen vertan. Dort wurden die demokratischen Kräfte unterdrückt, die Einheit der Arbeiterklasse verhindert und antifaschistisch-demokratische Reformen verboten. Die westlichen Besatzungsmächte bildeten zuerst die Bi- und dann die Trizone. Im Juni 1948 führten sie für die drei westlichen Besatzungszonen eine separate Währung ein. In diese Spaltung bezogen sie auch Westberlin ein. Im September 1949 wurde dann die BRD gegründet. Mit all diesen Maßnahmen verstießen die Imperialisten gegen das Potsdamer Abkommen und gegen die Interessen des deutschen Volkes.

Mit der Wiederherstellung ihrer Macht in einem Teil des ehemaligen Deutschen Reiches spalteten die Imperialisten Deutschland. Das volksfeindliche Wesen der BRD kommt also bereits in ihrer Gründung zum Ausdruck.

Die Gründung der BRD war nicht nur eine Sache des deutschen Monopolkapitals, sondern sie war eng mit den wichtigsten Interessen des internationalen Monopolkapitals verbunden.

Das hatte besonders zwei Gründe:

Erstens bestand Deutschland nach dem Potsdamer Abkommen aus vier Besatzungszonen. Die anderen Besatzungsmächte neben der UdSSR waren die USA, England und Frankreich – also drei imperialistische Staaten. Die dort Herrschenden hatten kein Interesse, die politische Macht und das ökonomische Potential an die Arbeiter und die anderen Werktätigen zu übergeben. Im Gegenteil: Mit Angst und Wut beobachteten sie, wie in der sowjetischen Besatzungszone – sowie in den anderen, heute sozialistischen europäischen Staaten – die Werktätigen Schritt für Schritt die Grundlagen für ein neues Leben aufbauten und die Fundamente für einen demokratischen, einen sozialistischen Staat schufen. So entwickelten die imperialistischen Besatzungsmächte eine Politik, um möglichst schnell im gemeinsamen Kampf den Sozialismus zurückzudrängen und – wenn möglich – zu vernichten. In diesen Überlegungen nahm die Gründung der BRD einen wichtigen Platz ein. Sie sollte ein starker imperialistischer Staat und eine Aufmarschbasis für eine militärische Auseinandersetzung mit dem Sozialismus werden. Der BRD war die Rolle einer imperialistischen „Speerspitze“ gegen den Sozialismus zugeordnet.



Zweitens war das deutsche Monopolkapital 1945 noch nicht vernichtet. Einige seiner führenden Vertreter wurden wegen ihrer Komplizenschaft mit den Faschisten verurteilt, aber nach nicht allzu langer Zeit von den westlichen Besatzungsmächten wieder freigelassen.

Viele wurden überhaupt nicht behelligt. Nicht wenige waren in anderen Ländern, vor allem in Südamerika, untergetaucht. Als sie die Pläne der imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion und das sozialistische Weltssystem erkannten, kamen sie zurück – freilich in die westlichen Besatzungszonen. Der größte Teil der deutschen Imperialisten ist jedoch von Anfang an in den westlichen Besatzungszonen geblieben. Diese Kräfte unterstützten aktiv die Pläne des internationalen Monopolkapitals, denn sie wollten ebenfalls mit aller Macht die kapitalistische Ausbeuterordnung aufrechterhalten und möglichst ihre verlorengegangenen Betriebe und ihren Grundbesitz auf dem Territorium der DDR zurückerobern. Die Gründung eines imperialistischen Staates lag also auch im ureigensten Interesse des deutschen Monopolkapitals. Mit Hilfe dieses Staates wollten die Kapitalisten ihre Macht wiedererrichten und weiterhin große Profite durch die Ausbeutung der Werktätigen erzielen.

Die Pläne führender Politiker und Industrieller in der BRD richteten sich auf das ganze ehemalige Deutschland und

Alfried Krupp von Bohlen und Halbach auf der Anklagebank im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß. Das Urteil lautete auf 12 Jahre Gefängnis und Beschlagnahme seines gesamten Vermögens. Dieses Urteil wurde nach 3 Jahren wieder aufgehoben.

1. Warum war die Gründung der BRD Ausdruck des Bestrebens des Monopolkapitals, den Sozialismus zurückzudrängen und zu vernichten?

Bundeskanzler Adenauer und Bankier Pferdenges auf einem Festbankett in Köln 1958. Dieses Bild ist symbolisch für die enge Verbindung von Monopolkapital und reaktionärer Politik in der BRD.



auch auf die Gebiete, die der deutsche Imperialismus zusammengeraubt und ausgeplündert hatte, zum Beispiel in Polen.

Im September 1949 wurde die BRD gegründet und damit Deutschland gespalten. Die Gründung der BRD war mit der Absicht verbunden, einen starken imperialistischen Staat zu schaffen, mit dem die Ziele des internationalen und des deutschen Monopolkapitals gegenüber den sozialistischen Staaten durchgesetzt werden sollten.

1945 bestand für das gesamte deutsche Volk die Chance zu einem grundlegenden Neubeginn. Diese Chance zu nutzen – darauf hatten alle fortschrittlichen Kräfte und insbesondere die deutschen Kommunisten orientiert. Die Sowjetunion unterstützte ihren Kampf. Die Losung bei der Durchsetzung aller antifaschistisch-demokratischen Maßnahmen hieß:

„Das ganze Deutschland soll es sein!“

Wie wir wissen, konnten die fortschrittlichen Kräfte dieses mit aller Kraft angestrebte Ziel nicht erreichen. Die Machenschaften des deutschen und internationalen Monopolkapitals standen dem entgegen. Jedoch wurde diesen reaktionären Kräften recht bald klar, daß ihr Ziel, ganz Deutschland in den imperialistischen Machtbereich zurückzuholen, nicht zu verwirklichen war.

**Die Gründung der DDR – Offensive des Fortschritts und Niederlage des Imperialismus**

Das Monopolkapital konnte seine Ziele nicht erreichen, ganz Deutschland in seinen Herrschaftsbereich einzubeziehen und die Nachkriegsergebnisse in seinem Sinne zu „korrigieren“. Das verhinderten die Sowjetunion, unzählige patriotische Deutsche und fortschrittliche Werktätige in aller Welt.

Mit der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 wurde der Absicht des Monopolkapitals, in ganz Deutschland seine Herrschaft wiederzuerrichten, ein Riegel vorgeschoben. In diesem Sinne ist die Gründung der DDR eine schwere Niederlage für das deutsche und internationale Monopolkapital gewesen.

Seither haben diese Kräfte nichts unversucht gelassen, um die Entwicklung in der DDR zu erschweren und den Sozialismus zurückzudrängen. Die Entwicklung und das Aufblühen unseres sozialistischen Staates, seine allseitige Stärkung und Überlegenheit, seine große internationale Ausstrahlung – all das macht mit jedem Tage die historische Niederlage, die der Imperialismus mit der Gründung der DDR erlitten hat, deutlicher.

Vor allem aber war die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 ein großes Ereignis im Leben der Werktätigen. Erstmals war auf deutschem Boden ein Staat entstanden, in dem die Werktätigen die Staatsmacht ausüben und Eigentümer der entscheidenden Produktionsmittel sind. Das gewährleistete von Anfang an eine Politik des Friedens und der Völkerverständigung, des stetigen wirtschaftlichen Wachstums und breiter demokratischer Einbeziehung und Aktivität der Werktätigen in die Lösung der Aufgaben.

Der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen war durch die Zerschlagung der Macht der Kapitalisten erstmals in einem Teil des ehemaligen Deutschlands der Boden entzogen. In diesem Sinne war die Gründung der DDR ein Höhepunkt und zugleich eine Wende in der Geschichte des deutschen Volkes und darüber hinaus Europas.

**Schon mit ihrer Gründung verkörperten beide deutsche Staaten vollkommen entgegengesetzte, unterschiedliche Zielsetzungen: Die DDR vertrat die Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen, die BRD diente der Verwirklichung der volksfeindlichen Bestrebungen des Monopolkapitals.**

**Der grundlegende Unterschied zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD ist nur durch den erfolgreichen Kampf gegen die Monopole und die Beseitigung des Imperialismus zu überwinden.**

2. Erläutere, warum die Gründung der DDR ein Wendepunkt im Leben des deutschen Volkes war! Nutze zur Beantwortung die Kenntnisse aus dem bisherigen Staatsbürgerkundeunterricht!

### 3.2.2. Wo Monopole diktieren, wird das Volk ausgebeutet und unterdrückt

Würden wir den Aussagen führender Politiker der BRD Glauben schenken, so wäre die BRD ein Staat, dem das Wohl des Volkes einzig und allein am Herzen liegt. Solche Aussagen geben sie seit Jahren von sich. Presse, Funk und Fernsehen leisten dabei Schützenhilfe.

#### Vom „Schicksal“ des Friedrich Flick

1933 bis 1945

Aus der Kriegsrüstung schöpfte Friedrich Flick über 1 Milliarde Reichsmark Gewinn. Am Ende des zweiten Weltkrieges gehörten ihm 132 Großunternehmen. Von den etwa 120000 Arbeitern waren 40000 Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge.

Nach 1945

In der sowjetischen Besatzungszone werden alle Besitzungen Flicks in die Hände des Volkes überführt: das Stahl- und Walzwerk Riesa und weitere 9 Stahl- und Walzwerke, 28 Braunkohlegruben und 95 weitere Betriebe.

Im Jahre 1947

Der Kriegsverbrecher Friedrich Flick wird in Nürnberg wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 7 Jahren (!) Haft verurteilt, von denen er durch Erlass der westlichen Behörden nur 3 Jahre zu verbüßen hatte.

Im Jahre 1961

Der Flick-Konzern verfügt wieder über 88 Betriebe, in denen 180000 Arbeiter und Angestellte ausgebeutet werden. Der größte davon, die Daimler-Benz-AG, hat 71400 Beschäftigte. Die Tochtergesellschaft Krauss-Maffei-AG wird die größte „Panzerschmiede“ Westeuropas.

#### Wiederherstellung der alten Machtpositionen des Monopolkapitals

Friedrich Flick gehörte zu den Kräften, die erneut einen imperialistischen deutschen Staat anstrebten. Überlegen wir einmal: Konnte Flick einen Staat wollen, dem das Wohl des Volkes am Herzen liegt? Die Antwort ist wohl eindeutig: Die Flicks und die anderen Imperialisten waren einzig und allein an einem Staat interessiert, der die kapitalistische Ausbeutung sicherte, ihnen uneingeschränkt politische Macht und Höchstprofite garantierte sowie eine Politik zur Vernichtung des Sozialismus, besonders der DDR, betrieb. Das aber konnte kein Staat sein, der die Interessen der Werktätigen verkörperte.

#### Wo Monopole regieren, werden die Werktätigen auch politisch unterdrückt

Seit ihrer Gründung verkörpert sich in der BRD und in der Politik ihrer Regierungen das menschenfeindliche Wesen des Imperialismus. Um ihre Monopolprofite und die uneingeschränkte ökonomische Macht, also ihre menschenfeindlichen Pläne durchsetzen zu können, bestand und besteht das Bestreben der Monopole darin, ihre politische Macht mittels des imperialistischen Staates zu festigen.

1951 beschloß die Bundesregierung die Entfernung aller demokratischen Kräfte aus dem Staatsapparat. Antifaschisten und besonders Kommunisten, die 1945 öffentliche Ämter übernommen hatten, wurden entlassen. Dafür erhielten Politiker, die schon dem Faschismus gedient hatten, erneut hohe Staatsfunktionen unter der Regierung Adenauer. Voller Eifer begannen sie, den Monopolen alle Vergünstigungen einzuräumen. Zugleich verschärften sie ihr Vorgehen gegen alle fortschrittlichen Kräfte, vor allem die Kommunisten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands kämpfte unter Führung ihres Vorsitzenden Max Reimann vor und nach der Gründung der imperialistischen BRD unerschrocken gegen die Wiedergeburt und Festigung der Macht des Monopolkapitals. Viele Mitglieder der KPD, so auch ihr Vorsitzender, wurden verhaftet und eingekerkert.

Es ist nicht verwunderlich, daß alle Reaktionäre einen erbitterten Kampf gegen ihre Hauptgegner – die Kommunisten – führten. Seit Anfang der fünfziger Jahre hatten sie beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Klage gegen die Kommunistische Partei Deutschlands erhoben. 1956 wurde die KPD durch die imperialistische Klassenjustiz in der BRD verboten.

Jedoch gelang es den reaktionären und aggressiven Kräften nicht, die Kommunisten aus dem gesellschaftlichen Leben zu verdrängen. Immer wieder erhoben sie ihre Stimme im Kampf für die politischen und sozialen Rechte der Werktätigen und gegen die friedensgefährdende NATO-Politik.



Die Kommunisten in Westdeutschland, an ihrer Spitze Max Reimann, kämpften konsequent gegen die Spaltung Deutschlands (Foto von 1948).



Polizei besetzt das Haus des Parteivorstandes der KPD in Düsseldorf 1956 nach dem Verbot der KPD.

1. Warum führen alle BRD-Regierungen einen erbitterten Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte, vor allem gegen die Kommunisten?

Damit sich die Krippenkinder in Torgau nach dem Baden nicht erkälten, haben die Krippenerzieherinnen ihnen diese Umhänge genäht, Bild rechts. Wie es von einer BRD-Zeitschrift verfälscht wurde, zeigt das Bild links.

1968 mußte auf Druck der Werktätigen die Gründung einer neuen kommunistischen Partei in der BRD zugelassen werden – der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Von Anfang an unterlag in der BRD jegliche fortschrittliche, demokratische Tätigkeit der staatlichen Kontrolle und Bespitzelung. Ein immer dichter werdendes Netz der Überwachung wurde über die Bundesrepublik gezogen. Telefongespräche werden abgehört, Post wird kontrolliert, Wohnungen werden durchsucht, schwarze Listen von politisch mißliebigen Bürgern angelegt und vieles andere mehr. Damit sollen die Massen eingeschüchtert, der imperialistischen Politik gefügig gemacht werden. Dem dient auch die massive Beeinflussung der Bevölkerung der BRD im Sinne des Antikommunismus und Antisowjetismus. Rundfunk- und Fernsehanstalten, Zeitungen und Zeitschriften, Bücher und Broschü-



Anwachsende Protestaktionen

ren – sie alle verbreiten ein falsches, schöngefärbtes Bild von der kapitalistischen Gesellschaft. Damit verschleiern sie bewußt die kapitalistischen Ausbeutungs- und Machtverhältnisse. Besonders entstellen sie das Leben im Sozialismus und die Ziele der Kommunisten. Dabei reicht die Palette von primitivsten Fälschungen bis hin zu raffinierten Entstellungen. Trotz Bedrohungen und Verfolgungen erheben immer mehr Werktätige in der BRD Protest gegen die zunehmende soziale Ungerechtigkeit, gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, gegen die Bedrohung ihrer Existenz durch die Hochrüstungspolitik. Die Zahl der Streiks und der Streikenden nahm zu. Es entstand eine breite Friedensbewegung, die Bürger aus allen sozialen und politischen Kreisen der BRD erfaßt. Auch in Westberlin wehren sich die Werktätigen ge-



Protest gegen die Durchführung eines Landesparteitag der neofaschistischen NPD in Kassel

Gemeinsame Aktion im Friedenskampf in Westberlin 1982



gen die gefährliche Politik der Hochrüstung und Kriegsvorbereitung. Am konsequentesten vertreten die Kommunisten die Forderungen der Werktätigen. Sie weisen in ihrem Kampf immer wieder darauf hin, daß es für alle Mißstände gesellschaftliche Ursachen gibt – die politische und ökonomische Macht der Monopole. Gegen diese richten die DKP und die SEW ihre Aktivitäten. Öffentlich prangern sie den Sozialabbau und die Hochrüstung an. In der BRD ist die DKP in einigen örtlichen Parlamenten vertreten. Gerade dort setzen sich die kommunistischen Abgeordneten konsequent für Lösungen ein, die den Interessen der Wähler entsprechen. Aktiv arbeiten die Kommunisten auch in den Gewerkschaften und vor allem in der Friedensbewegung mit.



Parteiabzeichen der Deutschen Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins





Der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies (7. v. l.), auf einer der ersten großen Friedensdemonstrationen in der BRD (November 1981)

Deshalb werden die Kommunisten von den Herrschenden auch besonders gehaßt. Gegen sie richtet sich eine ganze Flut von Verleumdungen. Viele Kommunisten und andere fortschrittliche Kräfte, die als Lehrer, Postbeamte oder in anderen Funktionen des „öffentlichen Dienstes“ standen, erhielten ein Berufsverbot.



Vom Berufsverbot bedroht ist ein Lehrer an einem Gymnasium in Düsseldorf. Freunde von ihm erheben vor dem Gebäude des Schulkollegiums Protest.

Die gesamte Innenpolitik der BRD zielt auf die weitere Festigung der ökonomischen und politischen Macht der Monopole. Die Werktätigen tragen die Lasten dieser Politik. Das bringt alle politischen Kräfte, die für das imperialistische System eintreten, in einen immer tieferen Gegensatz zu den fortschrittlichen Volksmassen. Die Massen vereinen sich mehr und mehr zu Protestaktionen. Hervorragendes leisten dabei die Kommunisten. Besonders ihnen gilt der ganze Haß der Herrschenden, gegen sie richtet sich die Gewalt des imperialistischen Staates.



### 3.2.3. Die aggressive Politik der BRD gegenüber der DDR

Hetzveranstaltung von Neofaschisten in München 1971. Am Rednerpult der Vorsitzende der „Aktion Widerstand“, der die Verträge der UdSSR und der Volksrepublik Polen mit der BRD als „Verrat“ und für „null und nichtig“ erklärte.

Betrachtet die Karte der Revanchisten auf der Abbildung unten, sie zeigt die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937.

Damals gehörten zu diesem Deutschland auch Gebiete der heutigen VR Polen und der UdSSR. Es waren Gebiete, die deutsche Feudalherren und Kapitalisten erobert und den Völkern dieser Länder entrissen hatten. Nach der militärischen Niederlage des deutschen Faschismus wurden durch das Potsdamer Abkommen im Jahre 1945 neue Regelungen getroffen.

Die deutsch-polnische Grenze wurde entlang der Oder und der Lausitzer Neiße festgelegt.

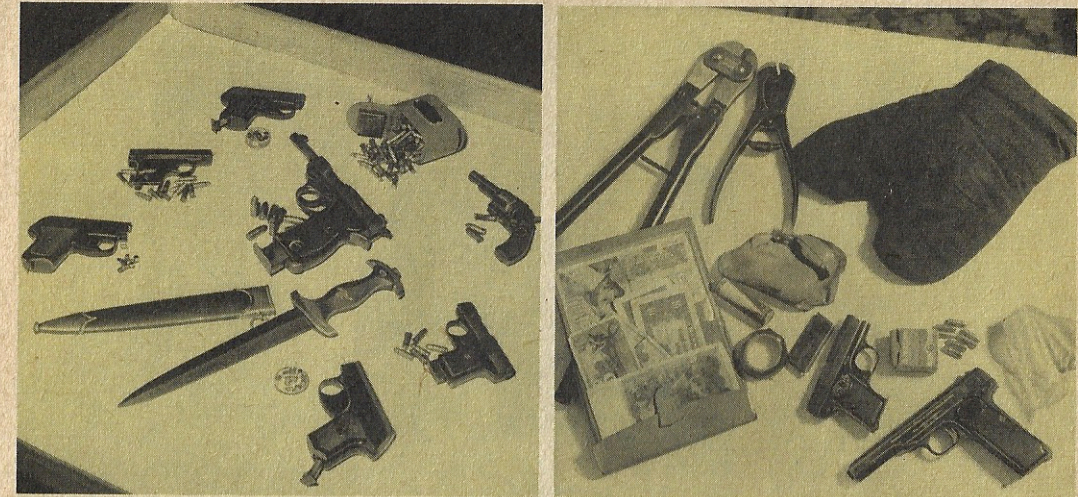
Die imperialistischen Kräfte in der BRD haben sich damit nicht abgefunden. Als Staat ist die BRD – wie wir wissen – vor allem gegründet worden, um eine Aufmarschbasis gegen

### Außenpolitisches Hauptziel der aggressivsten Kräfte des BRD-Imperialismus

den Sozialismus zu bilden, um diesen zu vernichten. Gleichzeitig verfolgten die deutschen Imperialisten ihre Ziele: Sie wollten alle ehemaligen Gebiete, die 1937 in ihrem Einflußbereich lagen, zurückerobern – die DDR selbstverständlich zuerst, aber auch die Gebiete in den anderen, heute sozialistischen Ländern.

Dieses außenpolitische Hauptziel haben diese Kräfte bis heute nicht aufgegeben. Offizielle Vertreter der CDU und CSU bekräftigen offen diesen Anspruch. Sie unterstützen die revanchistischen Landsmannschaften, die nach einem „Kreuzzug gen Osten“ lechzen. In den Schulbüchern der BRD und in anderen Druckerzeugnissen wird die historische Wahrheit verfälscht.

Wie weit die Vertreter revanchistischer Verbände dabei gehen, zeigt die folgende Abbildung.



Neues Deutschland / 4. Mai 1982

## Revanchistische Ansprüche auf die Grenzen von 1937

BRD-Verband fordert Gebiete der Volksrepublik Polen

. Köln (ADN). Der Präsident des Dachverbandes der Revanchistenorganisationen in der BRD (BdV), Herbert Czaja, hat auf einem „Landsmannschaftstreffen“ am Sonntag in Köln die ungeheuerlichen Ansprüche auf die Grenzen von 1937, darunter weite Teile des Staatsgebietes der Volksrepublik Polen, erneuert. Czaja, zugleich Sprecher der „Oberschlesischen Landsmann-

schaft“, erklärte: „Wir geben die Hoffnung auf ein freies Oberschlesien nicht auf. Wir müssen einen langen Atem haben.“ Es gelte, diese Forderungen immer wieder „zäh zu vertreten“. Zu den 100 000 Teilnehmern der revanchistischen Zusammenrottung sprach auch das Kongreßmitglied der USA, McDonald, der den Oberschlesiern seine Unterstützung versicherte.

1. Welchen Charakter muß eine Außenpolitik tragen, die von dem Ziel ausgeht, ein Deutschland in den Grenzen von 1937 wiederzuerlangen?

Die DDR im Visier

Das Hauptziel des Imperialismus, besonders seiner aggressivsten Kräfte, ist die Vernichtung des Sozialismus. Ein Deutschland in den Grenzen von 1937, also die Eroberung heute sozialistischer Gebiete, das ist im Rahmen dieses Konzepts ein außenpolitisches Hauptziel der aggressivsten Kräfte des BRD-Imperialismus.

Die aggressive außenpolitische Hauptstoßrichtung des BRD-Imperialismus zielte und zielt immer in besonderem Maße auf die DDR. Vor allem bis zum Anfang der sechziger Jahre wurden viele Versuche von der BRD und von Westberlin aus unternommen, die DDR zu schwächen, sie gewaltsam „aufzurollen“, um sie dann in den eigenen Herrschaftsbereich einzuverleiben.

Unzählige Pläne wurden ausgebrütet und durchgeführt, um dem Sozialismus in der DDR Schaden zuzufügen. Da gab es die Zigarrenschachtel, in die eine Bombe eingebaut war, um einen Zug voller Menschen in die Luft zu sprengen; die Konservendosen, in die Brandsätze eingebaut waren, durch die Betriebsanlagen und Viehställe in Flammen aufgingen; die „Arbeitsgeräte“, die in Wirklichkeit gefährliche Schlagwaffen darstellten, mit denen Volkspolizisten ermordet wurden.

Das ist nur eine kleine Auswahl aus dem Arsenal der Mittel, die vom Territorium der BRD und Westberlins aus gegen die Deutsche Demokratische Republik eingesetzt wurden.

Mit Duldung und Unterstützung der BRD-Regierung sowie der örtlichen Verwaltungen wurden verbrecherische Organisationen gegründet, die das Aufbauwerk in der DDR unterbrechen oder wenigstens erschweren sollten. Nicht selten geschah das im Auftrag oder zumindest im Einvernehmen mit den Geheimdiensten – also staatlichen Dienststellen – der BRD, der USA und anderer westlicher Staaten. In der BRD sind Rundfunksender installiert worden, die ausgesprochen feindliche Sendungen für spezielle sozialistische Staaten ausstrahlen und die zugleich die Zentren von Geheimdiensten bilden: Radio „Free Europe“ („Freies Europa“) und Radio „Liberty“ („Freiheit“). In Westberlin arbeitet der Sender „RIAS“ (Rundfunk im amerikanischen Sektor), der alle Mittel einsetzt, um unsere Bürger antikommunistisch zu beeinflussen. In diesen und anderen Zentren werden verbrecherische Pläne gegen die DDR ausgebrütet und von bezahlten Verbrechern ausgeführt. Viele konnten durch die Wachsamkeit unserer Staatsorgane vereitelt werden. Wenn diese Pläne auch insgesamt nicht aufgingen und der Sozialismus

Solche Waffen, Werkzeuge und Geräte zu staatsfeindlichen Aktionen wurden wiederholt gefunden und sichergestellt.

Diese Gedenkstätte erinnert u. a. an die Ereignisse am 18. Juni 1962. Durch einen vom Gelände des Springer-Verlages in Westberlin zum Haus Zimmerstraße 56 in der DDR-Hauptstadt gewählten Gang drang der gedungene Mörder ein, der den Unteroffizier der Grenztruppen Reinhold Huhn heimtückisch niederschloß.



in der DDR sich stetig festigte, so erschwerten sie unseren Aufbau doch beträchtlich. Und viele Bürger der DDR mußten ihr Leben lassen oder trugen schwere gesundheitliche Schäden davon.

#### Zur Rolle Westberlins:

Eine besonders verhängnisvolle Rolle spielte und spielt in den imperialistischen Plänen Westberlin. Entsprechend dem Potsdamer Abkommen wurde Berlin in vier Sektoren unterteilt. Unter Brechung dieses Abkommens hatten die westlichen Besatzungsmächte ihre Sektoren in alle Maßnahmen voll einbezogen, die zur Spaltung Deutschlands führten. Recht bald konzentrierten sich in Westberlin verbrecherische Organisationen, Geheimdienste und von reaktionären Kräften gelenkte andere staatliche Dienststellen, die Aktivitäten gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder planten und ausführten.

**Auch heute wird Westberlin von ihnen als ein Brückenkopf im Kampf gegen den Sozialismus mißbraucht.**

Westberlin gehört nicht zur BRD. Das ist in mehreren internationalen Verträgen anerkannt. Dennoch unternehmen die Herrschenden in der BRD und in anderen imperialistischen Staaten alles, um diese Festlegung zu brechen und damit das normale Funktionieren internationaler Beziehungen zu erschweren. Auch heute ist Westberlin der Sitz vieler westlicher Geheimdienste und anderer verbrecherischer Organisationen, und von Westberliner Boden aus verbreiten Rundfunksender und Fernsehstudios eine maßlose Hetze gegen die DDR.

Vielfältig waren die Erscheinungsformen der aggressiven Politik der BRD gegen die DDR. Mittels eines ausgebauten Spionagesystems wurden uns viele wissenschaftlich-technische Spitzenleistungen gestohlen. Eingeschleuste Agententrupps unternahmen Anschläge gegen Industrieanlagen und

andere wichtige Zentren unseres Lebens. Auch Werktätige unserer Republik wurden zu solchen Sabotageakten aufgefordert.

Vielen Werktätigen, vor allem aber Spezialisten (Ärzten, Ingenieuren, Wissenschaftlern, qualifizierten Facharbeitern), wurde ein „goldenes Leben“ in der BRD versprochen. Ihnen wurden verlockende Stellenangebote gemacht. Oftmals war das mit der Bedingung verbunden, daß diese Werktätigen Unterlagen aus ihren Arbeitsstellen mitbrachten. Diese Abwerbung von Fachkräften, die ihre Ausbildung nicht selten schon als Jugendliche in der DDR erhalten hatten und für die unser Staat beträchtliche finanzielle Mittel bereitgestellt hatte, brachte uns erheblichen ökonomischen Schaden, wie die folgende Tabelle zeigt.

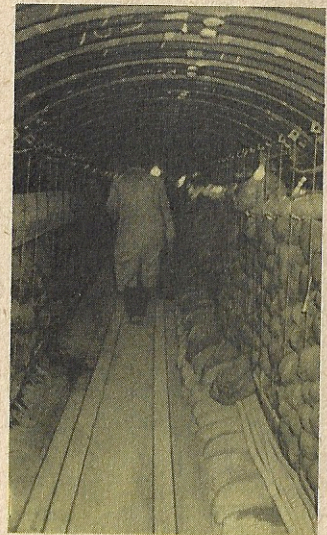
#### Verluste, die die DDR durch die offene Grenze bis 1961 hatte<sup>1</sup>

Produktionsausfall	112 Mrd. Mark
Ersatz für die abgeworbenen Hoch- und Fachschulkader	16 Mrd. Mark
Reparationsleistungen, die die DDR für die BRD mitgezahlt hat	30 Mrd. Mark
Verluste aus Patent-, Vermögens- und Materialschiebungen	18 Mrd. Mark
Verluste aus Währungsschiebungen	18 Mrd. Mark

(Diese Verluste sind fast so groß wie die Summe, die wir in der DDR in zwei Jahrzehnten für die Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem ausgeben.)

Besonders intensiv orientierten sich die dem Sozialismus feindlichen Kräfte auf die **Störung der wirtschaftlichen Beziehungen**. Oft wurden Verträge nicht eingehalten, wichtige Produkte nicht geliefert und so der Produktionsfluß in unseren Betrieben systematisch gestört. Wir können feststellen:

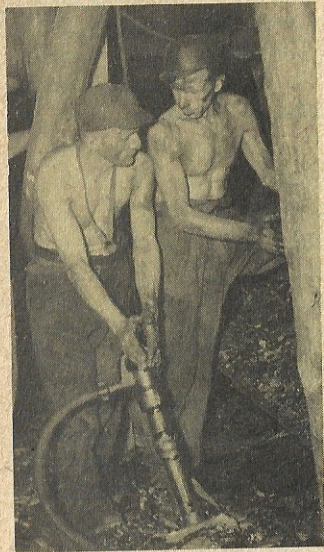
**Alle jene Kräfte, die sich gegen die Deutsche Demokratische Republik wandten, die das Werk der Millionen Staatsbürger der DDR erschweren, die den Sozialismus „auslöschen“ wollten, hatten von Anfang an in der BRD große Möglichkeiten und erhielten jede Unterstützung. In dieser Hinsicht arbeiteten staatliche Dienststellen, ausländische Geheimdienste und kriminelle Organisationen Hand in Hand. Viele dieser Organisationen erfahren in der Gegenwart erneut eine besondere staatliche Förderung, damit sie ihre verbrecherischen Aktionen gegen den Sozialismus steigern.**



Provokationsherd Westberlin: Dieser Spionagetunnel wurde gegraben, um die Fernmeldeanlagen der DDR in ihrer Hauptstadt anzupfen zu können.

2. *Wie ist angesichts der nebenstehenden Zahlen die Aussage führender Politiker der BRD zu werten, die BRD habe immer nur das Beste für die „Brüder und Schwestern im Osten“ gewollt?*

## Direkte Versuche im Sommer 1953, den Sozialismus zu stürzen



Franz Franik führte die von Adolf Hennecke begonnene Aktivistenbewegung im Bergbau weiter.

Zweimal unternahm das Monopolkapital bisher den Versuch, den Sozialismus in der DDR direkt „zurückzurollen“ und eine militärische Konfrontation herbeizuführen.

In der DDR hatte im Sommer 1952 die II. Parteikonferenz der SED den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in Industrie und Landwirtschaft beschlossen. Kennzeichnend für jene Zeit waren die beträchtliche Entwicklung der Produktivität, der Neubau von Großbetrieben, die Gründung der ersten LPG, die beachtlichen Masseninitiativen der Werktätigen. Der Sozialismus in der DDR nahm immer sichtbarer Gestalt an und bewies bereits seine historische Überlegenheit. Es deutete sich an, zu welchen gesellschaftsverändernden Taten die Werktätigen im Sozialismus in der Lage sind. Dabei gab es eine Fülle von schwerwiegenden Problemen zu lösen. So reichten die Anzahl und der Ausstattungsgrad von Fabriken der Schwerindustrie noch nicht aus. Im alten Deutschen Reich hatte die Mehrheit dieser Großbetriebe in den Industriegebieten an der Ruhr, der Saar usw. gestanden, und die gehörten nun zum Territorium der BRD. So faßte die SED Beschlüsse zur vorrangigen Entwicklung solcher grundlegenden Produktionszweige. Sie orientierte darauf, daß das nicht einfach eine Frage der Gründung und Organisation neuer Produktionsbetriebe sein konnte, sondern daß die Werktätigen selbst in ihrer täglichen Arbeit wichtige Reserven zur Leistungssteigerung aufdecken mußten. Das waren für viele Leitungen und Parteiorganisationen vollkommen neuartige Aufgaben. Dennoch kam es überall dort, wo geduldig mit den Werktätigen gesprochen wurde, zu einem bedeutenden Aufschwung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung.

All das stand der Absicht der Imperialisten, den Sozialismus zurückzurollen und dabei mit der DDR zu beginnen, direkt entgegen. In zäher, intensiver Arbeit hatte man in der BRD und in Westberlin, in Washington, London und Paris den „Tag X“ vorbereitet – jenen Tag, an dem die DDR vernichtet werden sollte. Die Diversionsakte, die Sabotage- und Spionageaktionen hatten zugenommen, konterrevolutionäre Kräfte waren militärisch und ideologisch vorbereitet, eine Liste mit einer „neuen Regierung“ – einem Kabinett von treuen Gefolgsmännern des Monopolkapitals –, die in der DDR die politische Macht übernehmen sollte, war bestätigt worden. Fieberhaft versuchten diese Kräfte nun, verlorengangene Positionen zurückzugewinnen. Die westlichen Radiostationen verbreiteten Falschmeldungen über Streiks in der DDR und versuchten, wankelmütige Werktätige aufzuputschen oder zumindest zu beunruhigen.

Am 17. Juni 1953 drangen Provokateure in die DDR ein und gewannen in Berlin, Leipzig, Halle und einigen anderen

Städten der DDR Gruppen von Werktätigen zum Streik. Die aus Westberlin eingeschleusten Konterrevolutionäre richteten sofort ihre Aktivität gegen staatliche Dienststellen, Einrichtungen der SED, der anderen Parteien und der Massenorganisationen sowie gegen fortschrittliche Bürger. In einigen Fällen wurden faschistische Kriegsverbrecher, die in Strafanstalten der DDR ihre gerechte Strafe verbüßten, aus den Gefängnissen geholt. Sie hetzten die Massen zum Mord an Volkspolizisten und Parteifunktionären auf.

Jedoch die Mehrheit der Bevölkerung behielt Ruhe und Übersicht und ließ sich nicht zu solchen Ausschreitungen mißbrauchen. Sowjetische Truppen zerschlugen gemeinsam mit unseren Sicherheitsorganen die konterrevolutionären Kräfte. Innerhalb von 24 Stunden brach der Putschversuch zusammen.

Durch gute Produktionsleistungen bewiesen die meisten Werktätigen, daß sie mit den gefährlichen Plänen des Imperialismus nichts zu tun haben wollten.



Ein zweiter Versuch des Weltimperialismus, über die DDR in das sozialistische Weltssystem einzudringen, wurde durch die Sicherheitsmaßnahmen vom 13. August 1961 vereitelt. Die NATO hatte detaillierte Pläne für einen Überfall auf die DDR aufgestellt. In einem Blitzkrieg sollte die DDR überrollt werden, nachdem aus Westberlin eingeschleuste Konterrevolutionäre einen Putsch organisiert und eine „neue Regierung“ ausgerufen hätten. Diese „neue Regierung“ sollte einen „Hilferuf“ an die Westmächte zur „Befreiung“ senden, und diesen „Hilferuf“ wollten die Imperialisten „be-

3. Warum konnte der Imperialismus im Sommer 1953 seine Absicht, die DDR zu vernichten, nicht erreichen?

Auf dem Marsch zu einer Großkundgebung in Karl-Marx-Stadt nach den Ereignissen am 17. Juni 1953

Sicherheitsmaßnahmen am 13. August 1961



Dieser Brandstifter richtete im VEB Großberliner Vieh- und Schlachthöfe einen Schaden von 300000 Mark an (7. August 1961).

4. Warum wurde am 13. August 1961 der Frieden in Europa und in der Welt gerettet?

antworten“. Bei einem möglichen und zu erwartenden Eingreifen der Armeen des Warschauer Vertrages sollten diese der Aggression bezichtigt werden, da sie gegen den Willen der „neuen Regierung“ handeln würden. Ein System von internationalen Ächtungsmaßnahmen sollte in Kraft treten, Wirtschaftsboykotte, diplomatische Blockaden. Selbst ein Weltkrieg war eingeplant. 1960/61 stand die Welt vor einem neuen Krieg.

Die sozialistischen Länder konnten detaillierte Kenntnis von diesen Absichten und Plänen erlangen. Streng geheim bereiteten sie die erforderlichen Gegenmaßnahmen vor. In der Nacht vom 12. zum 13. August begann die Aktion, die die Imperialisten in der ganzen Welt überraschte und ernücherte. Sie, die in den letzten Wochen und Monaten fieberhaft den Überfall auf die DDR vorbereitet hatten, erfuhren durch das Telefon, die Zeitungen oder den Funk: Die DDR hat die Staatsgrenze zu Westberlin geschlossen und ist dabei, sie fest und undurchlässig zu machen. Außerdem standen die Truppen aller Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages bereit, den Sozialismus gegen jeden Aggressor zu verteidigen.

Damit wurde der Frieden in Europa gerettet. Die Soldaten der Nationalen Volksarmee der DDR und die Angehörigen der Volkspolizei wurden durch die Kampfgruppen der Arbeiterklasse unterstützt. Unmittelbar nach dem 13. August 1961 entstanden in der DDR zwei große Massenbewegungen: Im Produktionsaufgebot wurde um höchste Leistungen gerungen, um die Auswirkungen des von den Imperialisten sofort verhängten wirtschaftlichen Boykotts in Grenzen zu halten. Das FDJ-Aufgebot hatte zum Ziel, viele Freiwillige für die NVA zu gewinnen, um den Sozialismus sicher und wirkungsvoll zu schützen.



Genossen der Volksarmee, der Kampfgruppen und der Volkspolizei an der Staatsgrenze zu Westberlin (August 1961)

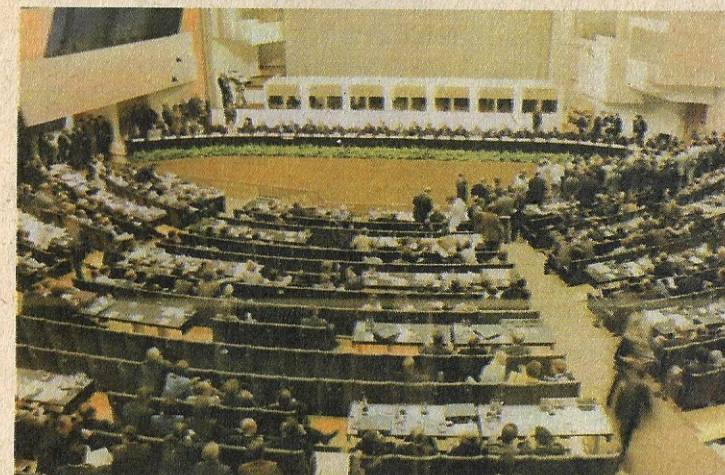
Fassen wir die Ereignisse in zwei wichtigen Schlußfolgerungen zusammen:

1. Die imperialistischen Kräfte versuchen alles, um den Sozialismus zu vernichten. Die Aggressivität des BRD-Imperialismus richtet sich besonders deshalb gegen den Sozialismus in der DDR, weil die DDR sein Herrschaftsgebiet einschränkt und weil die Vorzüge des Sozialismus auf die Werktätigen in den imperialistischen Ländern ausstrahlen.
2. Die DDR und die anderen sozialistischen Länder konnten die Angriffe abwehren, weil die Bürger in ihrer Mehrheit mit dem Sozialismus verbunden waren und weil der Sozialismus sich militärisch zu schützen wußte.

Mit den Maßnahmen der DDR und der anderen Staaten des Warschauer Vertrages wurde das Scheitern der imperialistischen Absicht, den Sozialismus „zurückrollen“ und beseitigen zu wollen, offensichtlich. Schritt um Schritt mußten sich auch die damals regierenden Kreise in der BRD an diese Tatsache gewöhnen.

Einige bedeutende Erfolge konnten durch die konstruktive Politik der sozialistischen Länder erzielt werden:

- In den siebziger Jahren gelang es, die Regierung der BRD, in der damals Politiker der SPD die Mehrheit stellten, zu Verträgen mit der UdSSR, der VR Polen, der ČSSR und der DDR zu bewegen, in denen sie die Existenz dieser Staaten und ihre Staatsgrenzen anerkannte und Maßnahmen der Zusammenarbeit zustimmte. Zwischen der DDR und der BRD gilt infolgedessen der Grundlagenvertrag von 1972.
- 1975 unterzeichneten 33 Staaten Europas – darunter auch die BRD – sowie die USA und Kanada das Schlußdo-



## Aggressivität heute

Konferenz in Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Die DDR und die BRD sind seit 1973 Mitglied der UNO.





Revanchistische Losungen auf einer Hetzveranstaltung in München (1971)

**Die USA unterhielten 1982 in 21 Ländern insgesamt 336 Militärstützpunkte, darunter in den Ländern**

Antigua und Barbuda	1
Australien	2
Belgien	1
Bermuda-Inseln	3
BRD	188
Diego Garcia	1
Griechenland	4
Großbritannien	18
Grönland	2
Island	1
Italien	9
Japan	32
Kanada	1
Korea (Süd)	40
Kuba	1
Niederlande	1
Panama	6
Philippinen	11
Portugal	1
Spanien	6
Türkei	7

kument der Konferenz von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in dem sich alle Unterzeichnerstaaten für Entspannung und gegen die Anwendung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen aussprachen.

● Die Beziehungen und Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD konnten u. a. durch die Politik der DDR intensiviert und dabei politische, ökonomische und kulturelle Vereinbarungen getroffen werden.

Alle diese Ergebnisse wurden den imperialistischen Staaten abgerungen. Gerade deshalb griffen von Anfang an die aggressivsten Kreise des Monopolkapitals diese Abkommen an und begannen, ihre Durchführung zu behindern und zu erschweren.

Über die NATO und ihre Organe erzwangen die USA in allen NATO-Staaten jährliche Erhöhungen der Rüstungshaushalte, zusätzliche Militärausgaben und -leistungen. Zu Beginn der achtziger Jahre begann eine neue Stufe der Hochrüstung. Die Kosten dafür haben die Werktätigen zu tragen. Während die Summen der Rüstungshaushalte astronomische Zahlen erreichten, wurden die Sozial- und Bildungsausgaben drastisch gekürzt.

Die CDU/CSU-Regierung der BRD hat gegen den wachsenden Volkswiderstand im eigenen Land den Plänen der aggressivsten Kräfte des USA-Imperialismus zugestimmt, ab Herbst 1983 in der BRD zusätzliche atomare Mittelstreckenraketen zu stationieren. Sie übte Druck auf andere imperialistische Regierungen aus, das ebenfalls zu tun. Die Verwirklichung des Hochrüstungsprogramms der NATO erhöht die Gefahr eines atomaren Weltkrieges beträchtlich.

Die Regierung der BRD bleibt jedoch trotz dieser Gefahr bei ihrer massiven Unterstützung der USA-Politik. Unter Füh-

rung der CDU und CSU versucht sie zugleich, alle Bemühungen der sozialistischen Länder sowie realistisch denkender Kräfte im Imperialismus zu verhindern, durch Verhandlungen zu Abrüstungsschritten und zur Bannung der Kriegsgefahr zu gelangen.

Erneut widersetzen sich die Herren der Rüstungsmonopole und ihre reaktionären politischen Gehilfen allen Realitäten. Sie hintertreiben hartnäckig alle gleichberechtigten Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD. Sie sind heute noch nicht gewillt, die Grenze zwischen der DDR und der BRD als Staatsgrenze anzuerkennen. Die „deutsche Frage sei offen“, erklärt der Bundeskanzler Helmut Kohl und meint damit, es bestünden noch Chancen, sich die DDR einzuverleiben. Auch die Staatsbürgerschaft der DDR wird nach wie vor nicht von der BRD-Regierung anerkannt. Das bedeutet, daß jeder Bürger der DDR nach den Gesetzen der BRD behandelt und sogar bestraft werden kann. Die aggressiven Kräfte des BRD-Imperialismus vermochten zwar nicht, den Abschluß von völkerrechtlichen Verträgen zwischen der DDR und der BRD zu verhindern, sie erreichten aber, daß über das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine rechtswidrige Auslegung der Verträge in ihrem Sinn erfolgte.

*Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe zum 1972 abgeschlossenen Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD wurde folgende Entscheidung getroffen:*

1. Die Bundesregierung hat weiter alle Deutschen in den Grenzen vom 31. 12. 1937 als zur Bundesrepublik gehörig zu betrachten.
2. Die BRD darf jeden DDR-Bürger als Bürger der BRD behandeln.
3. Die BRD hat das Recht, „alle Deutschen“ international zu vertreten.

Dieser von den aggressiven Kräften des Imperialismus der BRD nach wie vor vertretenen These eines „Alleinvertretungsanspruchs“ entspricht es auch, wenn Anschläge auf die Staatsgrenze der DDR geduldet und Mörder unserer Grenzsoldaten nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Ebenso entspricht es dieser aggressiven Politik der Nichtachtung von Verträgen, wenn das Transitabkommen zwischen der DDR und der BRD durch Menschenhändler und andere Kriminelle mißbraucht wird (vgl. dazu auch die Abbildungen auf S. 104).

Die reaktionäre Innenpolitik und die aggressive Außenpolitik der imperialistischen BRD-Regierung erfahren wachsenden Widerstand durch viele fortschrittliche demokratische Kräfte innerhalb und außerhalb der BRD. Breite Friedens- und andere Protestbewegungen setzen sich gegen die Hochrüstung und den damit verbundenen Sozialabbau ein. In

● 5. Sucht auf dem Atlas die Gebiete auf, in denen die USA lt. der Tabelle auf S. 102 Militärstützpunkte unterhalten!

6. Setzt euch mit der Behauptung der USA-Regierung auseinander, überall dort würden „Sicherheitsinteressen der USA“ verteidigt!

● 7. Wie versuchen gegenwärtig die aggressiven Politiker der BRD, die Ergebnisse der Entspannung zu unterlaufen?

**Wachsender Widerstand gegen die aggressive Politik**



Gerichtsverhandlung wegen Diebstahls wertvoller Kulturgüter und ihrer Ausschleusung aus der DDR unter Mißbrauch der Transitwege. Daneben die benutzten Tatwerkzeuge.

diesem Kampf gehen die Kommunisten konsequent voran. Sie führen ihn gemeinsam mit vielen Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, christlichen Menschen und anderen friedlichen und realistisch denkenden Menschen. Dabei gilt ein Hauptaugenmerk der Kommunisten in der BRD und in Westberlin der Verbesserung der Beziehungen zur DDR. Sie haben klar erkannt, daß beide deutsche Staaten in einem atomaren Krieg besonders gefährdet wären. Daraus – so erklären die Kommunisten – erwächst die besondere Verantwortung, sich für wirksame friedenssichernde Maßnahmen einzusetzen. Diesen Standpunkt teilen auch wir sowie die gesamte fortschrittliche Weltöffentlichkeit.

Wollen wir unsere bisherigen Erkenntnisse über die Aggressivität des Imperialismus in der BRD zusammenfassen, so können wir sagen:

8. Begründe, warum alle Versuche des BRD-Imperialismus scheiterten, den Sozialismus in der DDR zu vernichten!

**Der reaktionäre und aggressive Charakter des Imperialismus ergibt sich vor allem aus den dort herrschenden Eigentums- und Machtverhältnissen. Es liegt im Wesen der Monopole, die Werktätigen immer umfassender auszubeuten sowie nach neuen Einflußgebieten zu streben. Um das zu erreichen, haben sich die Monopole der BRD ihren Staat geschaffen. Die imperialistische BRD-Regierung macht eine Politik, die von den Profitinteressen der großen Monopole bestimmt und deren aggressiver Wesenszug durch die Monopole geprägt wird.**

### 3.3. Die Politik der DDR zur Stärkung des Sozialismus und für die Erhaltung des Friedens

Die Politik, die in der DDR unter Führung der SED betrieben wird, ist von unseren Eigentums- und Machtverhältnissen bestimmt. Sie sind – wie ihr wißt – vollkommen gegensätzlich zu denen in der BRD, und sie prägen die gegensätzliche Politik der DDR im Vergleich zur BRD in allen Grundfragen.

Im Mittelpunkt unserer Politik stehen die werktätigen Menschen. Sie produzieren allen unseren Reichtum, und sie sind auch die Eigentümer der entscheidenden Produktionsmittel. Die Politik der DDR – wie eines jeden sozialistischen Staates – verwirklicht deshalb ihre Interessen. Damit das immer besser und umfassender geschehen kann, ist die weitere Festigung der politischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ein wesentlicher Inhalt der Politik der DDR zur allseitigen Stärkung des Sozialismus und zur Sicherung des Friedens.

Schlagt noch einmal im 1. Kapitel des Lehrbuches nach. Dort findet ihr viele Informationen über das Wesen unserer politischen Macht und ihre weitere Festigung. Dazu gehören die weitere Vervollkommnung der Staatsorgane auf allen Ebenen, der Ausbau des demokratischen Zentralismus und der jederzeit sichere Schutz des Sozialismus. Vor allem gehört dazu die weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie.

In unserer Gesellschaft übt etwa jeder dritte Staatsbürger ehrenamtliche Verantwortung für andere aus!

Unsere Gesellschaft selbst weckt diese Aktivität, weil immer mehr Werktätige spüren, daß die Ziele der Gesellschaft mit den Interessen der Werktätigen grundlegend übereinstimmen.

Die Politik der DDR, die feste Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten unter Führung der SED ist vor allem darauf gerichtet, ständig unsere Wirtschaftskraft zu erhöhen.

Nur eine hohe volkswirtschaftliche Leistungskraft schafft die Voraussetzungen für das persönliche Wohlergehen eines jeden und für eine rasche Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Auf den internationalen Märkten haben sich die Preise für Roh- und Brennstoffe erhöht. Durch die Hochrüstungspolitik der aggressivsten imperialistischen Kreise sind wir zu beträchtlichen Verteidigungsausgaben gezwungen. Und dennoch bleiben in unserem sozialistischen Vaterland die Preise für Waren des Grundbedarfs stabil, die Mieten ausgesprochen niedrig, viele soziale und kulturelle Leistungen kostenlos. Um das und viele andere sozialpolitische Er-

**Festigung der politischen Macht der Arbeiter und Bauern**

1. Weist anhand von Beispielen nach, daß der Grundsatz „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“ auch in den achtziger Jahren ein entscheidender Schwerpunkt unserer Politik ist!

**Ständige Erhöhung unserer Wirtschaftskraft**

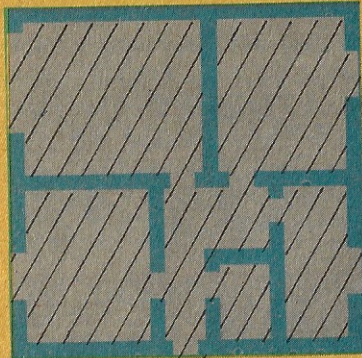
## Nationaleinkommen je Berufstätiger im produzierenden Bereich



## Wohnungsbau in der DDR

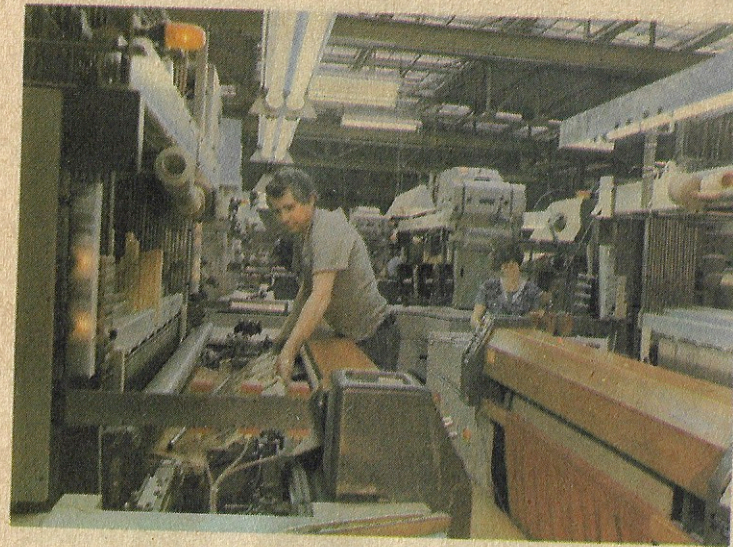
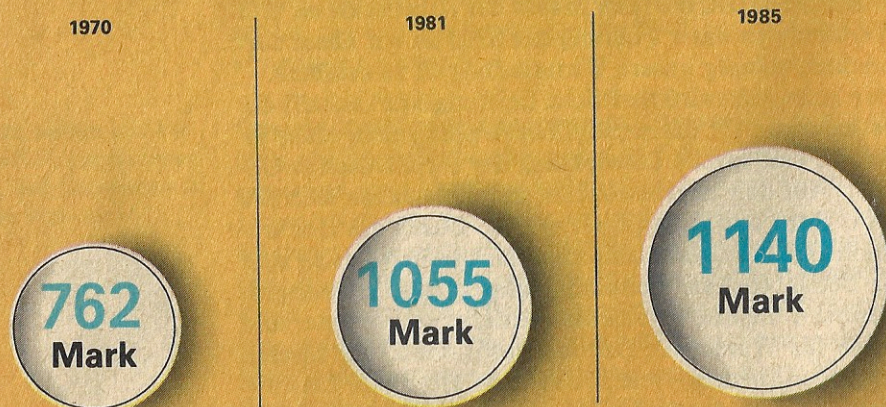
Seit 1971 verbesserten sich für 7,2 Millionen Bürger die Wohnverhältnisse.

1975 bis 1980  
für  
**2,4**  
Millionen Bürger



1981 bis 1985  
für  
**3,0**  
Millionen Bürger

## Durchschnittliches monatliches Arbeitseinkommen der vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten in volkseigenen Betrieben der DDR (in Mark)



Neue Maschinen werden eingerichtet, um die Konsumgüterproduktion zu erhöhen.

rungenschaften sichern zu können, bedarf es der wachsenden volkswirtschaftlichen Leistungskraft.

Der X. Parteitag der SED hat dafür eine ökonomische Strategie beschlossen. In ihrem Mittelpunkt steht die intensive Nutzung des vorhandenen großen Potentials an moderner Technik und qualifizierten Werktätigen. Zum Teil völlig neuartige wissenschaftlich-technische Verfahren sind notwendig, um die Produktion zu intensivieren. Der Entwicklung von Wissenschaft und Technik sowie der schnellen Überführung ihrer Ergebnisse in die Produktion gilt die besondere Aufmerksamkeit des sozialistischen Staates. Er unternimmt alles, damit auch in Zukunft die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gesichert werden kann.

Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik bedeutet, daß alles, was die Werktätigen produzieren, ihnen auch in ständig wachsendem Maße zugute kommt. Gerade darin beweist sich besonders deutlich, daß die Werktätigen im Mittelpunkt sozialistischer Politik stehen, daß ihre Interessen auch die grundlegenden Interessen des sozialistischen Staates sind. Von dieser Politik gehen viele Impulse für neue Wettbewerbsinitiativen und beträchtliche Leistungssteigerungen aus.

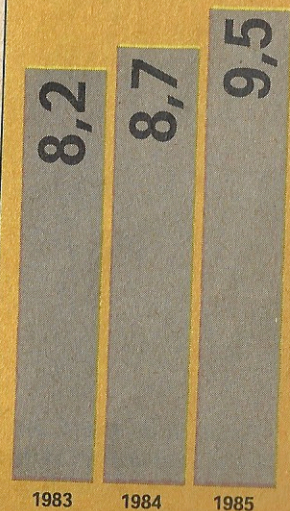
Alle unsere Errungenschaften, unsere sozialistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse sind den ständigen Angriffen des Imperialismus ausgesetzt. In einem erbitterten Wirtschaftskrieg versuchen die Kräfte des Imperialismus, unsere erfolgreiche Entwicklung aufzuhalten und zurückzudrängen. Es tobt auch ein ideologischer Krieg um die Köpfe der Menschen. Vor allem sollen sie in Zweifel zum Sozialismus gebracht werden. Besonders aggressive Kreise des Imperialis-

2. Welcher Zusammenhang besteht zwischen den Angaben in der Grafik auf S. 106 und den sozialistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen in der DDR?

3. Warum ist die ökonomische Entwicklung eine Hauptaufgabe unseres sozialistischen Staates in den achtziger Jahren?

4. Sprecht mit eurer Patenbrigade, warum sie sich im Wettbewerb zu höheren Leistungen verpflichtet hat!

## Aufwendungen unseres Staates für Wissenschaft und Technik (in Mrd. Mark)







Erika Steinführer (Gemälde von Walter Womacka)

**Eine hohe  
Verteidigungskraft  
des Sozialismus –  
Garant für  
die Sicherung  
des Friedens**

mus – vor allem in den USA – bereiten einen Atomkrieg gegen den Sozialismus vor. Diese Pläne gefährden die Existenz der gesamten Menschheit.

Die aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals wollen die militärische Überlegenheit über den Sozialismus erzwingen. Gelänge ihnen das, so würden sie nicht zögern, einen Atomkrieg gegen den Sozialismus zu entfesseln. Am wichtigsten ist deshalb: Die aggressivsten Kräfte des Imperialismus dürfen kein militärisches Übergewicht bekommen. Das militärisch-strategische Gleichgewicht zwischen Sozialismus und Imperialismus muß erhalten werden, damit die Kriegstreiber wissen, daß jeder Erstschlag auf den Sozialismus von der Sowjetunion und ihren Verbündeten mit einem vernichtenden Gegenschlag beantwortet wird.

Um der Stationierung neuer USA-Atomraketen in Westeuropa wirksam zu begegnen, hat die Führung der Sowjetunion in Übereinstimmung mit den anderen Staaten des Warschauer Vertrages alle Maßnahmen ergriffen, die die Sicherheit der UdSSR und der anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft gewährleisten. Dazu gehört u. a. auch die Stationierung operativ-taktischer Raketen größerer Reichweite auf dem Gebiet der DDR und der ČSSR.

Unverändert gilt die Verpflichtung der UdSSR, nicht als erste Atomwaffen einzusetzen. Das Ziel bleibt ebenfalls unverändert die Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen, besonders der atomaren, nach dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit. Auch das unterstreicht den Verteidigungscharakter unserer Gegenmaßnahmen, woraus wir erkennen: Die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit des Sozialismus durch die aktive und den Anforderungen entspre-

5. Warum ist die Politik der DDR zur Stärkung der Verteidigungskraft des Sozialismus Friedenspolitik?

chende Verteidigungsbereitschaft eines jeden ist ein wichtiger Friedensbeitrag im Interesse des Sozialismus, seiner Werktätigen sowie der gesamten Menschheit.

Eine besondere Rolle in der Politik der SED und des sozialistischen Staates spielt die weitere Vertiefung des Bündnisses mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten.

Die gemeinsamen Erfolge haben für Freund und Feind gezeigt, daß sich die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten als Bündnis zu jeder Zeit bewährt hat.

Der Bruderbund mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft ist stabile Voraussetzung für die Sicherheit der DDR und für ihre Weiterentwicklung.

**Die weitere Festigung der politischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die Erhöhung der sozialistischen Wirtschafts- und Verteidigungskraft, die Sicherung des Friedens und die Vertiefung des Bündnisses mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft – das sind Hauptinhalte der Politik der SED und des sozialistischen Staates zur allseitigen Stärkung des Sozialismus und zur Sicherung des Friedens.**

Die Interessen des werktätigen Volkes stehen auch im Mittelpunkt der Politik der DDR gegenüber der BRD. Schlagt noch einmal den Abschnitt 3.2.3. auf! Vom ersten Tage ihres Bestehens an verfolgte die BRD eine aggressive Außenpolitik gegenüber der DDR. Das oftmals formulierte Ziel der BRD-Politik ist ein imperialistisches Deutschland in den Grenzen von 1937, also unter Einbeziehung der DDR sowie von Gebieten anderer sozialistischer Staaten. Was anderes bedeutet das als die Absicht der BRD-Regierung, sich diese Gebiete gewaltsam einzuverleiben.

Diese Politik der BRD belastet die internationalen Beziehungen erheblich. Wir wissen, daß die Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD auch eine entscheidende Trennlinie zwischen Sozialismus und Imperialismus darstellt. An dieser Grenze stehen sich ein hochentwickelter sozialistischer und ein führender imperialistischer Staat gegenüber. Es ist von entscheidender Auswirkung auf die internationalen Beziehungen, ob diese beiden Staaten friedlich nebeneinander leben oder nicht.

Deshalb hat die DDR von Anfang an auf friedliche Beziehungen zur BRD orientiert. Seit der Gründung beider Staaten im Herbst 1949 gab es viele Vorschläge der DDR an die Regierung der BRD, vernünftige ökonomische, kulturelle

**Stete Festigung  
des Freundesbundes  
mit der UdSSR  
und den anderen  
sozialistischen  
Staaten**

6. Warum bildet die Festigung des Bündnisses mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten einen Hauptinhalt unserer Politik?

**Die Politik  
der DDR  
gegenüber der BRD**

und völkerrechtlich normale Beziehungen zwischen beiden Staaten aufzunehmen. In den siebziger Jahren gelang es, mit der damaligen Regierung der BRD ein Abkommen über die Grundlagen der Beziehungen sowie mehrere Vereinbarungen über strittige Fragen abzuschließen. Viele andere Vorschläge der DDR wurden jedoch damals wie in der Gegenwart nicht aufgegriffen.

Im Februar 1983 wandte sich der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, an den Kanzler der BRD, Dr. Helmut Kohl (CDU). Er informierte über die Bereitschaft der DDR, ihr gesamtes Territorium für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa bereitzustellen, deren Schaffung durch die Regierung Schwedens vorgeschlagen worden war. Die Regierung der BRD lehnte unter fadenscheinigen Ausreden ab, so daß diese Maßnahme, die direkt im Interesse der Menschheit gelegen hätte, nicht verwirklicht werden konnte.

7. Worin besteht das Wesen unserer Politik gegenüber der BRD?

Die Politik der DDR gegenüber der BRD ist von dem Anliegen geprägt, trotz der Erschwernisse, die sich aus der Stationierung neuer USA-Atomraketen in der BRD ergeben, ein friedliches und normales Nebeneinanderleben zu gewährleisten. Diese Politik der DDR gegenüber der BRD ist ein wichtiger Schritt zur Sicherung des Friedens an der Trennlinie zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Gesellschaftssystem.

### Abgestimmte Friedenspolitik des Sozialismus

Vor allem im Warschauer Vertragssystem werden die Aktivitäten aller sozialistischen Länder im Kampf für den Frieden abgestimmt und beraten. So ist unsere Politik ein Teil der sozialistischen Friedenspolitik, an der besonders die Sowjetunion einen bedeutenden Anteil hat.

Noch nie seit 1945 war der Weltfrieden so bedroht wie in der Gegenwart. Die Besonderheit der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß sich ein ungeheures atomares Waffenpotential angehäuft hat und daß es Kräfte gibt – vor allem im

Erich Honecker auf der internationalen wissenschaftlichen Konferenz „Karl Marx und unsere Zeit – der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt“ (Berlin 1983):

„Die Erhaltung des Weltfriedens geht alle an, auch jene, die grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nicht anstreben. Gewiß waren die Sehnsucht nach Frieden und die Bereitschaft, ihn zu erkämpfen, zu keiner Zeit das Monopol von irgendwem. Seitdem es Kriege mit ihren Leiden, Opfern und Zerstörungen gibt, haben sich die besten Vertreter der Völker, verschiedenster Klassen und Organisationen den aggressiven Bedrohungen mutig entgegengestellt. Aber noch nie war die Menschheit von der tödlichen Gefahr so direkt betroffen wie heute und damit veranlaßt, sich für den Frieden einzusetzen.

Selbst die Realisierung von Profit wird durch einen nuklearen Weltkrieg illusionär. So entsteht die historische Chance, daß im Kampf für den Frieden die unterschiedlichsten Kräfte zueinander finden und dieser Kampf eine Breite erlangt, wie sie bisher nie bestand.“<sup>42</sup>

amerikanischen Monopolkapital –, die diese Waffen auch anwenden möchten. Das würde zur Vernichtung der Menschheit führen.

**Deshalb ist die Politik der sozialistischen Staaten zur Sicherung des Weltfriedens auch darauf gerichtet, mit allen Menschen, die für den Frieden eintreten, gemeinsam um Verhandlungen und Abrüstung zu kämpfen.**

Aus den Vorschlägen der Staaten des Warschauer Vertrages zur Minderung der Gefahr eines nuklearen Krieges und zum Abbau der Spannungen:

- Ausarbeitung, Annahme und stufenweise Realisierung eines Programms der nuklearen Abrüstung;
- Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen;
- Begrenzung und Reduzierung der nuklearen Rüstung in Europa;
- vollständiges und allgemeines Verbot von Kernwaffentests;
- Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen;
- Schaffung kernwaffenfreier Zonen;
- Verbot und Vernichtung der chemischen Waffen;
- Verbot der Stationierung von Waffen jeglicher Art im Kosmos;
- Kürzung der Rüstungsbudgets;
- Abschluß eines Weltvertrages über den Verzicht auf Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen.

Die Politik der DDR – wie auch der anderen sozialistischen Länder – entspricht den grundlegenden Interessen der Werktätigen, darunter insbesondere auch der Jugend.

Imperialistische Ideologen und Politiker setzen immer wieder ihre falschen Hoffnungen auf die Jugend. Sie denken, weil die Jugend nur den Sozialismus kennt und nicht mehr die kapitalistische Ausbeutung erlebt hat, kann man sie leichter verwirren. Deshalb sind eure Bekenntnisse, die ihr mit euren Taten, aber auch in euren Manifestationen zu unserer DDR ablegt, von großer Wichtigkeit. Sie zeigen allen, daß die Jugend fest mit dem Sozialismus verbunden ist und daß der Imperialismus keine Chance hat, sie zu mißbrauchen.

**Alle Aufgaben zur allseitigen Stärkung und Verteidigung des Sozialismus, zur Sicherung des Friedens und dabei auch zur Herstellung normaler Beziehungen mit der BRD sind auch hohe Anforderungen an einen jeden Staatsbürger. Besonders die Jugend hat hohe Verpflichtungen in Gegenwart und Zukunft. Von deren Realisierung hängt weitgehend unsere gesamte Entwicklung – auch die eines jeden – ab.**

Auf der 2. UNO-Sondertagung über Abrüstung im Juni 1982 verpflichtete sich die UdSSR vor diesem Weltforum feierlich, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen.

8. Warum ist es heute möglich und notwendig, einen so breiten Friedenskampf wie nie zuvor zu führen?

9. Beweist anhand der Vorschläge, daß der Sozialismus konsequent für Abrüstung und Frieden eintritt!

Auf dem XI. Parteitag der SED wurde festgestellt:

„Eine neue Etappe in unserer Friedenspolitik eröffnen das initiativreiche Herangehen der Sowjetunion an die weltpolitischen Fragen, ihre umfassenden Programme für die Befreiung der Welt von allen Atomwaffen bis zum Jahr 2000 und für die Schaffung eines Systems der internationalen Sicherheit ... Die DDR wird sich weiterhin durch eine Politik des ergebnisorientierten, sachlichen Dialogs und der Zusammenarbeit für die Gesundung der internationalen Lage und die Rückkehr zur Entspannung einsetzen.“<sup>43</sup>

10. Was kann man zur Erfüllung der anstehenden politischen, ökonomischen und anderen Notwendigkeiten als Jugendlicher tun?

## Anmerkungen

### Kapitel 1

- 1 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED. Berlin 1986, S. 76.
- 2 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1976. S. 56.
- 3 E. Honecker: Rede auf der wissenschaftlichen Konferenz „Karl Marx und unsere Zeit – der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt“. In: „Neues Deutschland“ vom 12. April 1983.
- 4 W. I. Lenin: Werke. Bd. 25, Berlin 1960, S. 437.

### Kapitel 2

- 1 Mannheimer Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei. Programm beschlossen am 21. Oktober 1978. Berlin 1979, S. 45.
- 2 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED. A. a. O., S. 60f.
- 3 Vgl. „Einheit“, Heft 10/1982, S. 1076.
- 4 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den X. Parteitag der SED. A. a. O.

### Kapitel 3

- 1 Vgl. „horizont“, Nr. 40/1978, S. 29.
- 2 E. Honecker: Rede auf der wissenschaftlichen Konferenz „Karl Marx und unsere Zeit – der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt“. A. a. O.
- 3 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den XI. Parteitag der SED. A. a. O., S. 9 u. 11.

### Quellennachweis der Abbildungen

ADN-ZB (26 unten, 48, 65, 81 unten links, 85, 86, 89 oben und unten, 90, 91 oben, 93, 95, 100 oben, 102); ADN-ZB/Bartocha (7 unten, 31 rechts, 63), ADN-ZB/Brüggmann (11 oben rechts), ADN-ZB/Busch (7 oben, 30 unten), ADN-ZB/Demme (101 links), ADN-ZB/Dewag (22, 26 oben, 28 unten), ADN-ZB/Eicke (35 oben, 51), ADN-ZB/Franke (27, 28 oben, 45 oben), ADN-ZB/Haseloff (13), ADN-ZB/Häßler (69 unten), ADN-ZB/Hirndorf (52), ADN/ZB/Junge (34, 72), ADN/ZB/Kämper (24), ADN/ZB/Lehmann (9 oben rechts, 31 links), ADN/ZB/Link (30 oben, 37, 50, 104 rechts und links), ADN/ZB/Meyborg (78), ADN/ZB/Molik (92 oben und unten), ADN/ZB/Müller (38), ADN/ZB/Pätzold (9 oben links, 35 unten), ADN/ZB/Rauch (71), ADN/ZB/Reiche (19 oben), ADN/ZB/Schaar (83), ADN/ZB/Schindler (12, 45 unten, 46, 73), ADN/ZB/Senft (74 unten rechts), ADN/ZB/Settnik (67 unten links, 81, Mitte links), ADN/ZB/Siebahn (29 oben), ADN-ZB/Spremborg (101 rechts), ADN-ZB/Thieme (32 rechts, 61 rechts und links, 69 oben links, 107 oben); Bildarchiv des Verlages für Agitations- und Anschauungsmittel, Berlin (11 Mitte, 19 oben rechts); Bildarchiv des Verlages Volk und Wissen, Berlin (97, 98, 99, 100 unten); Bildarchiv Oelschner (59, 74 links); Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (70); Repro/Oelschner (16, 23 Mitte und unten); Repro/Riemann (108); Repro/VWV Seifert (15, 29 Mitte, 49, 57, 67 oben rechts, 91 Mitte links, 94, 96).

Bauarbeiterlehrling Irene  
(Barbara Müller)



Kurzwort: 140815 Lehrb.Stabue KI8  
Schulpreis DDR: 1,85  
ISBN 3-06-140815-0

